

## Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan

Fraktion WLH - Am Kauerbusch 12 - 42781 Haan

An die Bürgermeisterin der Stadt Haan  
Frau Dr. Bettina Warnecke  
An den Vorsitzenden des SUVA  
Herrn Jens Lemke  
Rathaus  
42781 Haan



06. Februar 2019

— SUVA 26.03.2019, HFA 02.04.2019, Rat 09.04.2019

**Antrag: Aufhebungsbeschluss Straßenausbaubeitragssatzung, Ratsbeschluss vom 27.06.2017  
- Rückkehr zu alten Beiträgen -**

Sehr geehrte Frau Dr. Warnecke,  
sehr geehrter Herr Lemke

im Namen der WLH-Fraktion beantrage ich für den SUVA am 26.03.2019, HFA am 02.04.2019 und  
Rat am 09.04.2019 den Tagesordnungspunkt

— **Aufhebungsbeschluss Straßenausbaubeitragssatzung, Ratsbeschluss vom 27.06.2017  
- Rückkehr zu alten Beiträgen -**

**Beschlussantrag:**

Der Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 27.06.2017 zu „Änderung der Ausbaubeitragssatzung“  
wird aufgehoben.

**Begründung:**

Bereits in der Ratssitzung am 27.06.2017 hatte die WLH-Fraktion es sehr bedauert, dass alle anderen  
Fraktionen den Verwaltungsvorschlag angenommen hatten und die neue Haaner  
Ausbaubeitragssatzung für straßenbauliche Maßnahmen verabschiedet hatten. Auf Antrag der SPD-  
Fraktion vom 22.08.2016 wurde in die Ausbaubeitragssatzung die Abrechenbarkeit von  
Wirtschaftswegen aufgenommen. Durch den mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der WLH-  
Fraktion angenommenen Verwaltungsvorschlag wurden zahlreiche Bürger/innen erheblich mehr  
belastet.

Nachdem die SPD-Fraktion mit Antrag vom 11.11.2018 eine Aussetzung der Straßenbaubeiträge  
beantragte, die Bürger/innen nun entlasten wollte - ein Antrag der dann aber von ihr nie zur  
**Abstimmung gestellt wurde**- ging die WLH-Fraktion davon aus, dass nun eine Mehrheit umdenkt und  
stellte im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2019 bereits den oben genannten  
Aufhebungsbeschluss, zuerst im SUVA am 27.11.2018, dann im HFA am 04.12.2018 und zuletzt im  
Rat am 18.12.2018.

# Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan

Nachdem zuerst die GAL-Fraktion im SUVA Beratungsbedarf angemeldet hatte, wurde dann im HFA vom Rechtsrat der Stadt Haan die Auswirkung des Beschlusses dargelegt.

Hier der Auszug aus der Niederschrift des HFA:

## **Nr. P9 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18 „Aussetzung Straßenbaubeiträge“**

---

Der Antrag wird bis zu den Haushaltsplanberatungen 2020 zurückgestellt

## **Nr. P16 – Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.18 „Anschaffung zweier Smartbenches“**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

7 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung

## **Nr. P34 – Antrag der WLH-Fraktion vom 21.11.18 „Aufhebungsbeschluss Straßenausbaubeitragsatzung vom 27.07.17 – Rückkehr zu alten Beträgen“**

---

**Stv. Lukat** erläutert den Antrag.

**StVD Rennert** erklärt, dass die derzeitige Satzung 2016 in Kraft getreten sei. Bei Aufhebung der aktuellen Satzung gelte automatisch die vorherige Satzung. Er empfiehlt jedoch, ein solches Aufhebungsverfahren nur mit vorheriger Beratung im Fachausschuss und anschließend im Rat durchzuführen, als unbedingt in der nächsten Sitzung des Rates einen Beschluss zu erzwingen.

**Stv. Ruppert** verweist auf den Landtag, welcher dieses Thema aufgrund eines Antrages der SPD-Landtagsfraktion diskutiert habe. Zwar wurde der SPD-Antrag abgelehnt, doch man habe sich geeinigt das Thema erneut anzugehen. Er schlägt vor, dass die Stadt Haan die erneute Diskussion des Landtages abwarte und erst im Anschluss daran eine solche Beratung aufzunehmen. Es gäbe aus Sicht der FDP-Fraktion noch zu viele offene Fragen. Er meldet daher für die FDP-Fraktion **Beratungsbedarf** an.

Nachdem dann erneuter Beratungsbedarf im HFA angemeldet worden war, wollten dann CDU und SPD nicht, dass überhaupt über den WLH-Antrag im Rat am 18.12.2018 abgestimmt wird.

# Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan

Dies wurde damit begründet, dass angeblich in 2019 überhaupt keine Beiträge nach der im Rat am 27.06.2017 verabschiedeten Satzung erhoben würde, gem. der Verwaltungsvorlage, hier im Auszug:

GARTENSTADTHAAN  
DIE BÜRGERMEISTERIN



## Veränderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2019

Lfd. Nr. P34 (HFA)

=> **Beratungsbedarf, in HFA geschoben**

<b>Antragsteller:</b> Amt + Name	WLH	<b>Datum:</b>	27.11.2018
-------------------------------------	-----	---------------	------------

**Produkt:** 120110

**Sachkonto:** 688110

**Bezeichnung:** Einzahlungen aus Beiträgen

Jahr	alt	neu	Differenz
<b>2019</b>	Ansatz alt	Ansatz neu	
<b>2020</b>	750.000 €	500.000 €	-250.000 €
<b>2021</b>	314.000 €	209.000 €	-105.000 €
<b>2022</b>	78.000 €	52.000 €	-26.000 €

### Begründung – unbedingt erforderlich:

WLH beantragt den Beschluss vom 27.07.2017 aufzuheben und die alte Beitragssatzung wieder gelten zu lassen.

Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes reduzieren sich die Einzahlungen aus Ausbaubeiträgen damit ca. um ein Drittel.

Nachdem sich die WLH-Fraktion weigerte ihren Beschlussantrag zurück zu nehmen, stellte die CDU einen Antrag, dass über den WLH-Antrag gar nicht abgestimmt wird, welcher dann mit Mehrheit gegen die Stimmen der WLH-Fraktion angenommen wurde.

# Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan

Der genaue Wortlaut des CDU-Antrags, der nur mündlich vorgetragen wurde, so durch die Bürgermeisterin zugelassen wurde, ist bis heute nicht nachlesbar, da auch 7 Wochen nach der Ratssitzung noch kein Protokoll veröffentlicht wurde.

Nach Beschwerde der WLH-Fraktion in der Ratssitzung am 18.12.2018, dass u.a. hier eine Rechtmäßigkeit derartiger Vorgehensweisen überprüft würde, ließ die Bürgermeisterin dann doch noch über den Aufhebungsbeschluss, wie von der WLH beantragt, abstimmen. Dieser wurde dann aber mit Mehrheit gegen die Stimmen der GAL und WLH abgelehnt.

Im SUVA am 05.02.2019 erfuhr dann plötzlich der Ausschuss auf Nachfrage der WLH zum Top Straßensanierungsprogramm, dass sich „Sanierungen“ von Gehwegen und Wirtschaftswegen, die auch in 2019 anstehen nicht in dem Straßensanierungsprogramm umfassend nachlesen lassen.

Konkret fragte ich dann zum Ausbau des Gehwegs an der B228, Bahnhofstraße nach und erhielt die Information der Verwaltung, dass dazu eine Abrechnung nach KAG, somit eine Beitragsbeteiligung der Grundstückseigentümer an der Bahnhofstraße stattfinden wird.

**Daher muss nun zu dem beantragten Tagesordnungspunkt die Verwaltung die Einnahmen in 2019 aus Ausbaubeitragssatzung für straßenbauliche Maßnahmen umfassend darlegen, da die Mitteilung der Verwaltung im Rat am 18.12.2018 und der im SUVA am 05.02.2018 widersprüchlich ist.**

Mit freundlichen Grüßen



Meike Lukat  
- Fraktionsvorsitzende WLH -